

Licht, Luft und saubere Ordnung : Sozialdemokratie und Stadtplanung in der Zwischenkriegszeit

Autor(en): **Kurz, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **1 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-4278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

LICHT, LUFT UND SAUBERE ORDNUNG:

SOZIALDEMOKRATIE UND STADTPLANUNG IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

DANIEL KURZ

Sozialdemokratische Gemeindepolitik, vor allem die Politik der «roten» Mehrheiten in der Zwischenkriegszeit, wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Autoren thematisiert.¹ Und ebenso häufig auch kritisiert: immer wieder wird den SP-Politikern jener Zeit ihre Basisferne, ihre Kompromissfreudigkeit und gouvernementale Arroganz vorgeworfen. Im folgenden geht es nicht um eine Gesamtwürdigung sozialdemokratischer Gemeindepolitik, Thema ist vielmehr – in deren Rahmen – die konkrete Arbeit von SP-Leuten auf dem Gebiet des Städtebaus. Es geht also um die Frage, welche Stadt-Ideale die SP-Politiker beseelten und wie sie den gegebenen Verwaltungsapparat einsetzten, um die Entwicklung in ihrem Sinn zu lenken. Dabei stütze ich mich auf die Beispiele von Zürich und Biel. Denn hier waren über relativ lange Zeit linke Mehrheiten an der Arbeit und beide Städte besitzen eindruckliche bauliche Zeugnisse aus jener Zeit.

«GEMEINDESOZIALISMUS»

Um die Jahrhundertwende erfährt die öffentliche Verwaltung, vor allem in den grossen Städten, eine grundlegende Transformation. Als im Jahr 1888 die Vereinigung von 11 Vororten mit der Stadt Zürich zur Diskussion steht, zählt man im gesamten Gebiet der künftigen Grossstadt nicht mehr als 544 Bedienstete von Stadt und Gemeinden. 1916 beschäftigt die Stadt Zürich 4909 Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter, neunmal mehr als 1888;² im gleichen Zeitraum hat sich die Stadtbevölkerung von 100'000 auf 200'000 EinwohnerInnen nur gerade verdoppelt. Es wächst nicht nur die Bürokratie, die Zahl der Amtsträger, der Schriftstücke und Stehpulte. Es wächst vor allem auch der Kreis der städtischen Aufgaben in einem beispiellosen Mass. Seit ca. 1880 werden die zuvor meist privat betriebenen Infrastrukturwerke in rascher Folge kommunalisiert: in Zürich zum Beispiel schon 1882 das Gaswerk, 1892 die Stromversorgung und anschliessend die Strassenbahn. Gleichzeitig verstärken die Städte ihr soziales Engagement; sie errichten Stellennachweise, Polikliniken und Volksparks, führen Schülerspeisungen, schulärztliche Dienste und Ferienkolonien ein. Schritt für Schritt entsteht die moderne Leistungsverwaltung. Die ■ 61

Zeitgenossen bezeichnen dieses neue Phänomen – ganz ohne politische Hintergedanken – meistens als «Gemeindesozialismus».³ Das Konzept dieser sozial ausgerichteten Gemeindepolitik ist keine Errungenschaft sozialdemokratischer Politik, sondern es hat sich in den politisch konservativen Stadtverwaltungen des wilhelminischen Deutschland herausgebildet. Dort dient es dem Ziel, die unruhig gewordenen städtischen Massen vermehrt in die gesellschaftlichen Institutionen einzubinden. An die Stelle der nackten Ausbeutung der Arbeitskraft setzt es deren Bewirtschaftung zur langfristigen Hebung ihrer Produktivität. Linke und linksliberale Kommunalpolitiker übernehmen auch in der Schweiz dieses Konzept und entwickeln es weiter.

SOZIALISTISCHE GEMEINDEPOLITIK

Wachsender Druck von links trägt viel dazu bei, dass sich liberale Stadtregierungen zum ordnungspolitischen Sündenfall des Interventionismus genötigt sehen. Die Sozialdemokratie besetzt um 1910 in den schweizerischen Industrie- und Grossstädten zwischen 30 und 40 Prozent der Parlamentssitze, in Zürich stellt sie ab 1907 vier von neun Stadträten (Exekutive). Mit Nachdruck pochen ihre Vertreter auf beschleunigte Ausdehnung städtischer Versorgungs- und Sozialpolitik. Seit 1907 koordinieren sozialdemokratische Gemeindepolitiker aus der ganzen Schweiz ihre Arbeit durch den Erfahrungsaustausch an den periodischen «Kommunaltagen» der Partei. Ab 1910 finden sie im «Handbuch des schweizerischen Gemeindesozialismus» die Grundlagen für ein gemeinsames Programm. «Die soziale Bewegung», heisst es da, «ist aus dem Reich der Ideen und akademischen Diskussionen längst in die Welt des Alltags herabgestiegen und dabei der Reform der Gemeindeverwaltung nahegetreten.»⁴

Für die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre politischen Vertreter zählen dabei Verbesserungen ihrer konkreten Situation: vor allem die Schaffung von mehr und besserem Wohnraum, der Bau von Versammlungsräumen und Volkshäusern, sowie sozialstaatliche Einrichtungen wie Kranken- und Arbeitslosenkassen. Das «Handbuch» konzentriert sich auf pragmatische Forderungen, die in der praktischen Exekutivarbeit als durchsetzbar erscheinen, aber es legt auch die künftige Marschrichtung fest. Es fordert die Ausdehnung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit auf den Wohnungsbau, die Abschöpfung der Immobilienmehrwerte und eine aktive Bodenpolitik. Das «Handbuch» räumt ein, dass kommunaler Wohnungsbau als direkt «antikapitalistische Massnahme» auf harte Opposition stossen werde, während «für Schülerversuppen, Krippen und Greisenasyle alle Parteien ihre Zustimmung gewähren».⁵ Bevor 1913 in La Chaux de Fonds erstmals eine rote Mehrheit an die Macht gelangt, sind im «Handbuch» die sozialdemokratischen Programmrichtlinien für die kommenden Jahrzehnte im wesentlichen bereits festgelegt. Sie werden auch für das «rote Biel» (1921–

62 ■ 1940) und das «rote Zürich» (1928–1938) ihre Geltung behalten.

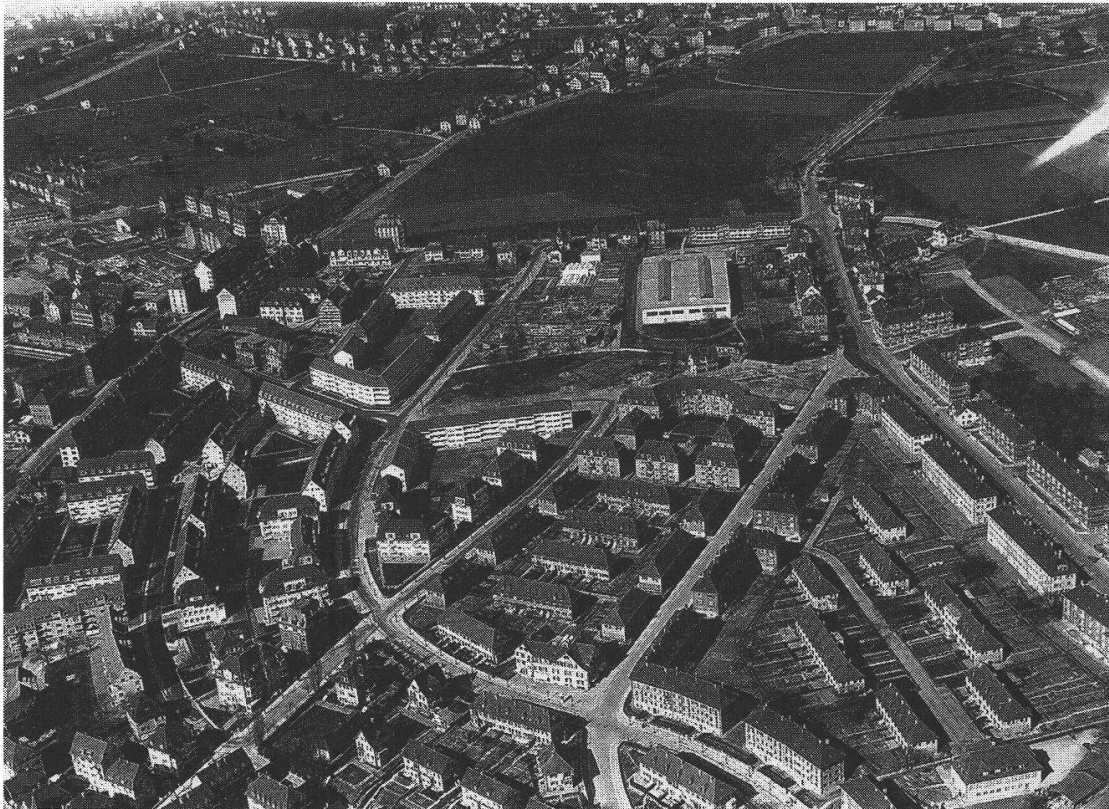


Abb. 1: Milchbuckquartier, Luftbild um 1930. Ein ganzer Stadtteil mit Genossenschaftskolonien und Mittelstandshäuschen verkörpert sozialdemokratische Politik von zentraler Planung und sozialem Ausgleich. (Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich)

WIRTSCHAFTSPLANUNG – STADTPLANUNG

Auf der Ebene nationaler Wirtschaftspolitik gehört in der Zwischenkriegszeit Planung, bis hin zu eigentlicher Planwirtschaft, zu den zentralen Forderungen sozialdemokratischer Parteiprogramme. Die SPS-Parteiprogramme von 1920 und 1935 kritisieren die «Planlosigkeit und Anarchie der Produktion» als Ursache von Krise und Arbeitslosigkeit, denn «die besitzende Klasse hat die Herrschaft über die Produktionsmittel verloren, sie sind ihr über den Kopf gewachsen.» Die «anarchische Profitwirtschaft» müsse «durch die nach einheitlichem Plane geleitete Produktion und Verteilung der für die Gesellschaft notwendigen Güter» ersetzt werden. Statt der Renditeerwartung sollen also künftig unmittelbar die objektiven, bzw. von der Planbehörde definierten «notwendigen» Bedürfnisse die Produktion steuern. Dieser Gedanke setzt die Einheitlichkeit und Berechenbarkeit der Bedürfnisse voraus.

Auch auf kommunaler Ebene setzen Sozialdemokraten auf möglichst weitgehende Gemeinwirtschaft und Planung, im Interesse sowohl eines sozialen Ausgleichs wie ■ 63

auch einer funktionalen und ästhetischen Gesamtgestaltung des Siedlungsraums. So fordert der einflussreiche Zürcher Sozialdemokrat Emil Klöti immer wieder, «dass die Gemeinde die Bevölkerung nicht nur mit Gas, Wasser und Elektrizität versorge, sondern in der gemeinwirtschaftlichen Befriedigung wichtigster Bedürfnisse bewusst einen Schritt weiter gehe und die Versorgung der Familien des Arbeiterstandes und des bescheidenen Mittelstandes mit gesunden und preiswerten Wohnungen zum Selbstkostenpreise sich zur Aufgabe mache.»⁶

An diesem Punkt stösst die Kommunalisierungspolitik jedoch regelmässig auf Widerstand aus den bürgerlichen Parteien, die im privaten Häuserbesitz einen Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung verteidigen.⁷ In Zürich finden sich die Parteien zu einem wohnungspolitischen Kompromiss. Die Stadt verzichtet ab 1920 bis zum Durchbruch der roten Mehrheit auf den Bau eigener städtischer Siedlungen, unterstützt dafür in grossem Umfang private Träger, hauptsächlich Mietergenossenschaften, beim Bau preisgünstiger Wohnungen.

KONSERVATIVE SEHNSÜCHTE: ARCHITEKTEN UND PLANUNG

Im engeren Bezug auf die Stadtentwicklung kommen Städtebauer, Architektinnen und Architekten zu ähnlichen Auffassungen – auch sie verlangen Planung und öffentliche Intervention. Ihr Ausgangspunkt ist jedoch kein sozialistischer, sondern eine im Grunde konservativ gefärbte, antiliberale und oftmals antiurbane Kulturkritik im Sinn der 1905 gegründeten Heimatschutz-Bewegung. Führende Fachleute kritisieren die kapitalistische Stadt des 19. Jahrhunderts, wo Egoismus, Profitstreben und das Fehlen übergeordneter Richtlinien charakteristische Wachstumskrankheiten verursacht haben: Wohnungselend, soziale Konflikte, Verkehrsmalaise und ästhetisches Durcheinander.⁸ 1911 äussert Carl Jegher, Redaktor der Schweizerischen Bauzeitung, die Sehnsucht nach einer autoritär geformten «alten Ordnung», wie sie idealtypisch in der Berner Altstadt zum Ausdruck komme, deren Wirkung auf der Unterordnung der einzelnen Teile in ein Gesamtbild beruht. «Mit der Dampfkraft», so Jegher, sei die alte Ordnung der Stadt zerbrochen, Konkurrenz und Profit bestimmten seither die Entwicklung: «Das Ergebnis war das Auseinanderfallen des Ganzen in ein kunst- und rasseloses, totes Chaos.»⁹ Die auf ästhetische Wahrnehmung begrenzte Liberalismuskritik des Architekten bedient sich hier ähnlicher Bilder wie die politische Kritik der SP.

Die Städtebauer wollen zwar nicht zur Kleinstadt des 18. Jahrhunderts zurückkehren, aber ihr Harmonieprinzip für die weitere Entwicklung zum Massstab nehmen. Die Stadt soll wieder – wie einst – als ein klar umgrenztes und hierarchisch geordnetes Ganzes erfahrbar werden. Durch zentrale Lenkung wollen die Architek-



Abb. 2: Milchbuckquartier. Genossenschaftskolonien an der Stüssistrasse bilden weite, aber klar gefasste Strassenräume. (Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich)

abbauen und der «natürlichen» Entwicklung freie Bahn verschaffen. Dabei sind ihnen die Einzelinteressen der Grundbesitzer ein lästiges Hindernis.

Eine wichtige Publikation des Bundes Schweizer Architekten (BSA) stellt 1929 fest: «Die erste Aufgabe des Städtebaues besteht also heute darin, den Behörden eine Macht wiederzugeben, die sie vordem besaßen, die Macht über den städtischen Grund und Boden.» – «Die Entwicklung der Stadt», heisst es weiter, «muss von einer Stelle in die Hand genommen und durchgeführt werden, die keinerlei Privatinteressen verfolgt.»¹⁰ Ein mächtiges Amt soll also, nach Meinung der Schweizer Architekten, dafür sorgen, dass beim Bauen das öffentliche Gesamtinteresse dem privaten Egoismus vorangeht; die Kommunalisierung des städtischen Bodens wird mindestens angetönt.

Solche Forderungen sind bei der Sozialdemokratie gut aufgehoben. Schon vor dem Ersten Weltkrieg zeichnet sich deshalb zwischen ihren Kommunalpolitikern und bürgerlichen Architekten eine Zweckallianz ab, wobei die Planer den Stil und die massgeblichen Inhalte bestimmen. Als Techniker sind sie bestrebt, soziale und ■ 65

kulturelle Widersprüche in technisch lösbare Einzelprobleme umzuformulieren, sie zu «versachlichen». Gemeinsam fordern Architekten und SP-Politiker in der Zwischenkriegszeit mehr Kompetenzen für die städtischen Planungsbehörden und eine Ausweitung ihres Hoheitsgebietes durch Eingemeindungen.

ZUGRIFF AUF DAS STADT-GANZE

Im Bebauungsplan-Wettbewerb «Gross-Zürich» kommen diese Ansprüche erstmals deutlich zur Sprache. 1915 bis 1918 führt der sozialdemokratische Bauvorstand Emil Klöti (auf Anregung des Zürcher Ingenieur- und Architektenvereins) einen grossangelegten Wettbewerb durch, der eine Gesamtplanung für die Stadt und 22 Vorortsgemeinden zur Aufgabe stellt, d.h. für das Entwicklungsgebiet der kommenden 50 Jahre.

Aus der Vielzahl der vorgeschlagenen Ideen ragt ein Grundgedanke heraus: «Die Organisation der neuzeitlichen Stadtanlage beruht auf der Trennung der Arbeits- und Wohnstätten.»¹¹ Dies bedingt gesonderte Zonen für Arbeiten, Wohnen und Erholung. Die Architekten fordern Verdichtung im Geschäftszentrum, und zum Ausgleich die Schaffung neuer Wohnviertel in Form von aufgelockerten und durchgrüneten Gartenstädten. Freiflächen und Grüngürtel sollen die Häusermassen der Stadt durchdringen, gliedern und symbolisch begrenzen. Ausgebaute öffentliche Verkehrsmittel verbinden die räumlich getrennten Arbeits- und Wohnquartiere. Als Wohnideal der Zukunft wird die Siedlung gefeiert, die kleine, losgelöste Gartenvorstadt, wo Reihen- und Einfamilienhäuser mit Garten den Ton angeben. Es müsse gelingen, Arbeiter und Angestellte «statt in düsteren Mietskasernen, in frohmütigen Kleinhäusern unterzubringen», fordern Architekten, nur so werde «auch im Arbeiter wieder das Heimatgefühl erwachen.»¹² Die Welt des Wohnens und der Reproduktion soll draussen an der Peripherie den Zwängen des Bodenmarktes und den ungesunden Einflüssen der Grossstadt entzogen werden. Die Planer bauen damit einen neuen Dualismus auf: Das Wohnquartier, die Siedlung wird zu einer Gegenwelt, wo nicht der harte «Kampf ums Dasein», nicht Konkurrenz und Spekulation herrschen sollen, sondern die ersehnte Harmonie idyllischer Ländlichkeit. Im Gegensatz zum Wohnbereich öffnet dieses Konzept die Innenstadt intensiver Geschäftsnutzung.

Die Stadt wird im Zürcher Planungswettbewerb als funktionale Gesamtheit, oder in der Bildsprache der Zeit: als «lebendiger Organismus» verstanden; die Planer sehen sich als Ärzte, die diesem zu «gesunder Entwicklung» verhelfen wollen. Der ungebrochene Glaube an die Planbarkeit der Stadt weckt bei den Beteiligten Allmachtsphantasien: «Der Städtebauer ist heute einer der Glücklichen, die Herr sein



Abb. 3: Zürich, neue Sihlporte um 1930. Die Architektur des Platzes und der umgebenden Bauten feiert den modernen Verkehr, dessen Bewegung sich im Schwung der Fassaden fortsetzt. (Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich)

Das Projekt der Grossstadtreform tritt 1918 mit einem überaus autoritären Führungsanspruch an.

Bebauungsplan-Wettbewerbe (1918 findet auch in Biel ein solcher statt, andere Städte folgen dem Beispiel) weiten den Denkhorizont der Planer über den Stadtrand hinaus. Forderungen nach Flächenplanung, nach Trennung der Funktionen, nach Gestaltung der Stadt-Ränder und Erhaltung von Freiflächen: das alles ruft nach erweiterten Handlungsspielräumen der Gemeinden, nach Zugriff auf die künftigen Erweiterungsgebiete durch Eingemeindung der Vororte, bevor dort die Verstädterung einsetzt.

In Biel sind schon unter bürgerlicher Mehrheit 1916 bis 1920 verschiedene Eingemeindungen erfolgt. In Zürich ist die Sache komplizierter. Die (kantonale) Abstimmung über die Eingemeindungsinitiative wird 1929 von bürgerlicher Seite zu einer Abrechnung mit dem «roten Zürich» genutzt, erst 1931 wird eine reduzierte Eingemeindungsvorlage angenommen, die 1934 in Kraft tritt. In diesem Streiten malen die Rechtsparteien das Gespenst des «Molochs Grossstadt» in den dunkel-

sten Farben an die Wand. Die Linke dagegen wirbt mit stadtplanerischen Notwendigkeiten für die Eingemeindung. Sie verspricht, in den Vororten für die Anlage vorbildlicher Wohnquartiere und die Schaffung von Grünflächen zu sorgen.

KONTROLLE BIS INS DETAIL

Der autoritäre Zugriff der Planer geht jedoch nicht nur ins Grosse, sondern ebenso ins Detail: Im Zürcher Bebauungsplan-Wettbewerb haben 1918 zwei erfolgreiche Teilnehmer, Albert Bodmer und Konrad Hippenmeier, die Einrichtung eines mächtigen «Stadterweiterungsamtes» verlangt, das für alle Baufragen zuständig sein soll, von den grossen Entscheidungen bis zur «Kleinarbeit». Im Bezug auf die bauliche Entwicklung fordern sie, in expliziter Anlehnung an den Städtebau des Ancien Régime, weitreichende Kompetenzen; bis ins kleinste Detail wollen die beiden Architekten künftig die Bebauung amtlich geregelt haben. Nach ihrer Vision entscheidet das neue Amt bei allen Stadterweiterungen über «die Zusammenfassung der Vorgärten, Bepflanzung und Ausbildung derselben, Bestimmung der niedern, vorspringenden und höheren, rückliegenden Baufluchten, des Materials, der Form und der Farbe der Gebäude usw., sodass jede Strasse Einheitlichkeit und Stil erhält.»¹⁴

Konrad Hippenmeier wird im Anschluss an den Wettbewerb von Klöti zum Chef des neugeschaffenen Bebauungsplanbüros befördert und damit zum obersten Stadtplaner. Sein erster Auftrag besteht in der Neuplanung eines ganzen Wohnviertels am Rand der Stadt: des zukünftigen Milchbuckquartiers – hier hat er die Möglichkeit, seine Vision eines Quartiers als Gesamtkunstwerk zu realisieren.¹⁵

Bislang hat sich der Planungsanspruch der Gemeinde auf die Anlage des Strassennetzes beschränkt. Im Milchbuckquartier will man mehr erreichen: Von Anfang an werden grosszügige Grünräume ausgeschieden, Spielwiesen und Sportplätze vorgesehen. Und vor allem: Auch der Charakter und die Stellung der Bauten werden in einer Sonderbauordnung so weit als möglich festgelegt, um eine wirkungsvolle Gesamterscheinung zu erzielen.

Dieses Ziel lässt sich umso eher realisieren, als grosse Areale im Milchbuckquartier der Stadt selber gehören, oder von ihr im Lauf des Planungsprozesses erworben werden. Es sind zur Hauptsache Baugenossenschaften, die in den folgenden Jahren im Milchbuckquartier ihre Siedlungen erstellen. Da sie von städtischer Finanzhilfe abhängig sind, hat die Baubehörde zusätzliche Möglichkeiten, die vorgelegten Projekte nach ihren Vorstellungen abzuändern.

FINANZHILFE ALS STEUERUNGSMITTEL

Seit April 1924 besitzt die Stadt Zürich ein neues und äusserst wirksames Reglement zur Förderung des Wohnungsbaus; gemeinnützige Bauprojekte werden seither durch Gewährung von zinsgünstigen Darlehen (bis auf 95 Prozent der Anlagekosten) und durch die Abgabe von Bauland unterstützt.

Indem sie aber stets nur einen Teil der vorgelegten Projekte bewilligt, sichert sich die Stadt eine starke Position bei ihrer Ausführung: Das Hochbauamt macht den Genossenschaften strenge Auflagen und interveniert sogar in Fragen wie der Fassadenfarben oder der Gestaltung von Balkonbrüstungen. SP-Stadtrat Emil Klöti nutzt seine Stellung als Vorsitzender der städtischen Wohnungsbaukommission, um während vielen Jahren eine zielstrebige Förderungspolitik durchzusetzen. Sie wird in der Folge zum wirksamsten Steuerungsmittel der Stadtplanung, denn von 1924 bis 1931 wird in Zürich fast die Hälfte der Wohnungen mit städtischer Finanzhilfe gebaut.

Ganz im Gegensatz zu den bürgerlichen Kommissionsmitgliedern, die den Geldsegen auf möglichst viele Begünstigte verteilen möchten, will Klöti die Förderungsgelder nur wenigen, grossen Genossenschaften zukommen lassen. Er tendiert auf den Bau von zusammenhängenden Grossiedlungen einheitlicher Bauart und auf die Konzentration solcher Siedlungen in einzelnen Stadtquartieren. Von dieser Politik erhofft er sich Rationalisierungseffekte bei Projektierung und Bau und darüber hinaus die Entstehung von einheitlich durchgestalteten Stadträumen.

Wie im Milchbuck entstehen ab 1924 im Sihlfeld, am Friesenberg oder in Wollishofen ganze Stadtteile im unverkennbaren Stil der Genossenschaftskolonien. Die zeittypischen Forderungen nach Licht, Luft und Sonne, nach verringerter Baudichte und einheitlicher Gesamtgestaltung bestimmen diese neuentstehenden Quartiere. Die einzelnen Häuser werden, unter Verzicht auf individualisierende Ornamentik, zu grösseren Baukörpern zusammengefasst, die Freiflächen in der Regel als gemeinsame Grünanlage im Hofbereich gestaltet. Der ökonomische Zwang zur maximalen Ausnutzung der Einzelparzelle entfällt.

Der Bau ganzer Kolonien statt einzelner Häuser ergibt über die gestalterischen Möglichkeiten hinaus auch finanzielle Spareffekte und erlaubt schon relativ früh (ab 1928 bis 1930) den relativen Luxus von Bädern, Elektroküchen, Zentralheizungen oder Waschmaschinen. Einstige bürgerliche Privilegien werden in den Kolonien für den kleinen Mann und die kleine Frau zugänglich gemacht. Genossenschaftler äussern sich stolz darüber, «dass wir eine neue Linie, eine gesunde Baugesinnung in das Durcheinander früherer Jahrzehnte haben hineinbringen dürfen».¹⁶

Das Bemühen der Genossenschaften um Einheitlichkeit, Geradlinigkeit und saubere Ordnung geht allerdings nicht selten so weit, dass die Benutzbarkeit der Wohnungen und vor allem der Grünflächen darunter leidet. Wilde Kinderspiele zum Beispiel sind ■ 69

in den Augen erwachsener Genossenschaftsmitglieder eine Bedrohung für die wohlgepflegten Rabatten und Rasenflächen oder für die frisch aufgehängte Wäsche; sie werden vielerorts unnachsichtig verboten.¹⁷ Die grünen Höfe präsentieren sich sauber, aber menschenleer. In den Kolonien verbindet sich das Prinzip der Solidarität mit dem der Disziplin zu einem oftmals recht kleinlich-engen Wohnklima.

EINHEITSARCHITEKTUR IM ROTEN BIEL

Im Gegensatz zu Zürich hat das «rote Biel» (1921–1940) auf dem Gebiet des gemeinnützigen Wohnungsbaus keine herausragenden Leistungen aufzuweisen – es wird sogar vom gleich grossen, aber mehrheitlich bürgerlichen Winterthur weit überflügelt.¹⁸ Trotzdem bemüht man sich gerade auch in Biel um die «prächtige Wirkung einheitlicher Baugestaltung» und gibt sich entschlossen, «im Interesse der Volksgesamtheit und im Einverständnis aller wirklichen Fachleute dem Privateigentum die notwendigen Fesseln anzulegen».¹⁹ Wobei in Biel aber weniger die Peripherie neu gestaltet wird, als vielmehr das Zentrum und das Seeufer.

Den Anstoss hat die 1923 abgeschlossene Verlegung des Bahnhofs an einen neuen, seenahen Standort gegeben. Das alte Bahnareal, das nun zwischen Stadt und neuem Bahnhof freigeworden ist, gibt Raum für ein neu zu planendes city-artiges Zentrumsquartier. Für die Prestigelage am Eingang der Stadt erlässt die sozialdemokratische Stadtregierung 1930 ein für die Schweiz einmaliges Baureglement, das die Bebauung bis ins kleinste Detail regelt: Sämtliche Gesimshöhen, die Ausgestaltung der Markisen und ihre Beschriftung, die Masse der Attikageschosse und sogar die genaue Ausführung der Flachdach-Geländer sind vorgeschrieben.²⁰ Das ganze Quartier mit seinen – privaten – Wohn- und Geschäftshäusern soll sich, in der Vision der Planer, wie ein einziger Block präsentieren und damit die erstrebte Vorherrschaft städtischer Gemeinwirtschaft über die privaten Geschäftsinteressen symbolisch manifestieren. Dominiert wird der ganze Komplex vom hochhausartigen Turmbau des neuen Volkshauses, das den prominentesten Bauplatz des Quartiers besetzt und sich mit seiner tiefroten Klinkerfassade vom hellen Grau der neuen Umgebung markant abhebt.

Das Bieler Bahnhofquartier ist in seiner Geschlossenheit vielleicht die eindrücklichste Verwirklichung sozialdemokratischer Stadtbaukunst in der Schweiz. Es gibt sich durch seine formale Gestaltung mit Flachdach und sachlichen Fassaden überaus fortschrittlich, doch ist nicht zu übersehen, dass seine städtebaulichen Vorbilder tief im 19. Jahrhundert zu suchen sind, vor allem im Paris des Second Empire: Es setzt ganz auf den geschlossenen Strassenraum, auf die Wirkung von Symmetrie, Perspektive und Monumentalität – im Gegensatz zu den freien Raumbildungen, die das

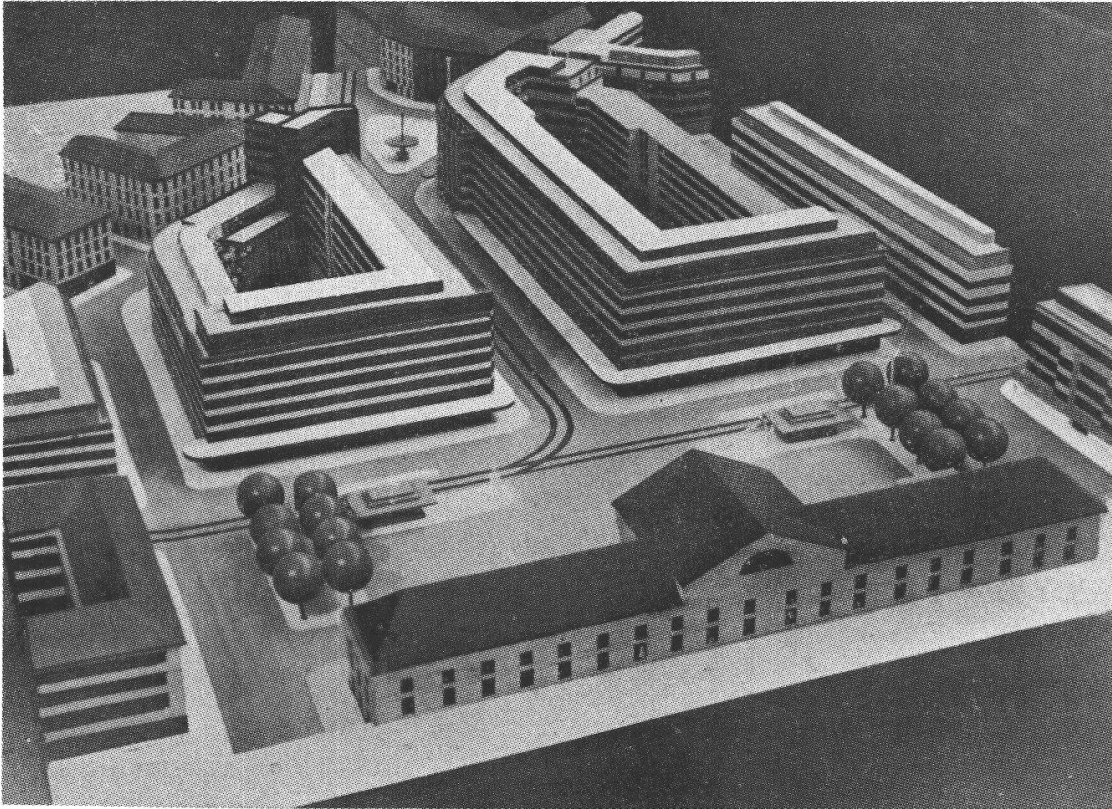


Abb. 4: Modell für das Bieler Bahnhofquartier, um 1930. Dominiert vom Turmbau des Volkshauses präsentiert sich das Zentrumsviertel als monolithische Einheit. (10 Jahre Rotes Biel, Biel 1932)

DAS ZIEL: SOZIALE INTEGRATION

Natürlich beschränkt sich die sozialdemokratische Planungspolitik der Zwischenkriegszeit nicht auf die Anlage von Wohnvierteln und Grünflächen. Eine herausragende Bedeutung hat in ihrem Konzept auch die Verkehrspolitik und interessanterweise setzen auch Sozialdemokraten dabei seit Mitte der zwanziger Jahre immer ausschliesslicher auf die Förderung des Autoverkehrs. Die Bieler SP kann 1932, nach 10 Jahren roter Mehrheit behaupten, es gebe «wahrscheinlich in ganz Europa keine Stadt neben Biel, deren Strassenwesen sich in der kurzen Zeitspanne von 7 Jahren so von Grund auf verbessert hat».²¹ Auch das rote Zürich befasst sich schon seit den ausgehenden zwanziger Jahren intensiv mit Projekten für den Strassenverkehr, die während der Wirtschaftskrise im Sinn von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen forciert werden.²²

Trotz dieser Differenzierung lässt sich festhalten, dass spezifische SP-Politik im Bereich des Wohnungsbaus am deutlichsten greifbar wird. Die bürgerlichen Kontrahenten lassen sich nur ausnahmsweise von der Notwendigkeit einer planmässigen ■ 71

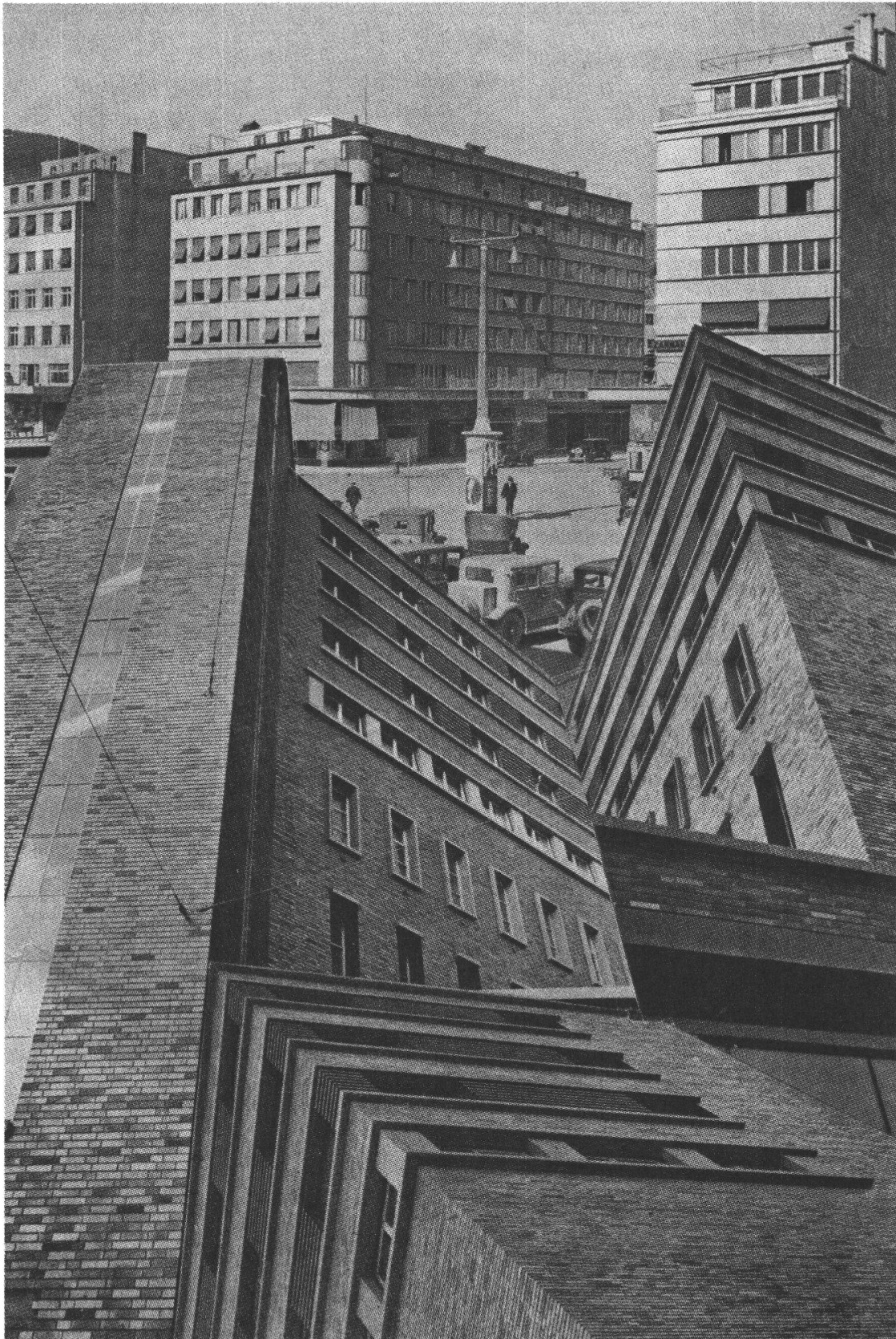


Abb. 5: Volkshaus und Bahnhofplatz Biel, expressive Fotomontage 1932. (10 Jahre Rotes Biel, Biel 1932)

Wohnungspolitik überzeugen und widersetzen sich in der Regel planerischen Massnahmen, die über die Verkehrserschliessung hinausgehen.

Die konkreten Leitbilder, die sozialdemokratische Planungsarbeit inspiriert haben, sind jedoch auf sehr heterogene Quellen zurückzuführen. Massgebend ist der Einfluss einer städtebaulichen Reformbewegung, die unter dem Schlagwort «Gartenstadt» teilweise deutlich antiurbane Züge trägt. Sie verbindet die Sehnsucht nach der vergangenen – bzw. in eine idealisierte Vergangenheit projizierten – «alten Ordnung» mit autoritär ausgestalteten Vorstellungen einer zentral gelenkten Entwicklung. Deren bestimmende Ideale sind Unterordnung, Disziplin, Gradlinigkeit und Einheitlichkeit – Werte, die nun freilich den vielfältigen Organisationen der Arbeiterbewegung keineswegs fremd sind.

Nicht anders als die Kultur- und Bildungspolitik der SP soll auch ihre Wohnungspolitik zur «Hebung» der Arbeiterklasse, d.h. zu ihrer Erziehung und Annäherung an bisher bürgerliche Standards beitragen. Als Resultat winkt eine partielle Gleichberechtigung im Wohnbereich. In dieser integrativen Zielsetzung trifft sie sich immer wieder mit fortschrittlichen bürgerlichen Exponenten. Und in diesem Sinn wirken rigide Auffassungen von Einheitlichkeit, Ordnung und Disziplin auch durch die gebauten Anlagen auf ihre Bewohnerinnen und Bewohner ein.

Anmerkungen

- 1 Steffen Lindig, *Der Entscheid fällt an den Urnen. Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938*, Zürich 1979. – Tobias Kästli, *Das rote Biel 1919–1939. Probleme sozialdemokratischer Gemeindepolitik*, Bern 1988. – Charles Stirnimann, *Die ersten Jahre des «Roten Basel» 1935–1938. Zielsetzungen und Handlungsspielräume sozialdemokratischer Regierungspolitik im Spannungsfeld von bürgerlicher Opposition und linker Kritik*, Basel 1988. – Roland Engel, *Gegen Festseuche und Sensationslust. Zürchs Kulturpolitik 1914–1930 im Zeichen der konservativen Erneuerung*, Zürich 1990. – Ruedi Nützi, *Ein Drittel der Macht. Sozialdemokratische Politik in einer Kleinstadt (Olten 1930–1940)*, Zürich 1991.
- 2 Hans Müller, *Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung 1893. Ein Rückblick anlässlich des 25. Jubiläums*, hg. im Auftrage des Stadtrates, Zürich 1919, 5.
- 3 Hans Müller, *Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung 1893. Ein Rückblick anlässlich des 25. Jubiläums*, hg. im Auftrage des Stadtrates, Zürich 1919, 62.
- 4 Paul Pflüger, Johannes Hüppy, *Handbuch des schweizerischen Gemeindesozialismus*, Zürich 1910, 5.
- 5 Paul Pflüger, Johannes Hüppy, *Handbuch des schweizerischen Gemeindesozialismus*, Zürich 1910, 7.
- 6 Emil Klöti, *Kommunalpolitik in der Stadt Zürich*, Bern 1930, 54.
- 7 Nur von 1919 bis 1923 werden angesichts katastrophaler Wohnungsnot in verschiedenen Städten mit Bundessubventionen auch Kommunalwohnungen gebaut.
- 8 Daniel Kurz, *Leitbilder zur Stadtentwicklung im Städtebau der Schweiz und Deutschlands 1900–1940*, Lizentiatsarbeit, Zürich 1990, 73–77.

- 9 Carl Jegher, «Rede zur Eröffnung der Städtebauausstellung in Zürich», *Schweizerische Bauzeitung* 57 (4. 2. 1911), 61.
- 10 Hans Bernoulli, Camille Martin, *Städtebau in der Schweiz, Grundlagen*, hg. vom Bund Schweizer Architekten, Zürich 1929, 4.
- 11 Albert Bodmer, Konrad Hippenmeier, «Generalbericht zum Wettbewerbsprojekt. Pläne des Bebauungsplanwettbewerbs «Gross-Zürich» 1918», *Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich*, 53.
- 12 Architekturbüro Kündig und Oetiker, «Erläuterungsbericht», in Städtische Bauverwaltung (Hg.), *Schlussbericht über den internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte*, Zürich 1919, 35.
- 13 Albert Bodmer, Konrad Hippenmeier, «Generalbericht», *Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich*, 3.
- 14 Albert Bodmer, Konrad Hippenmeier, «Generalbericht», *Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich*, 2.
- 15 Der Planungsperimeter umfasst ca. 180 ha, er reicht von der Winterthurer- bis zur Rötelstrasse und vom Schaffhauserplatz bis zur Oerliker Gemeindegrenze.
- 16 «Ein Platz und seine Baugesinnung», *Das Wohnen* 1944, 78.
- 17 Ursina Jakob, Daniel Kurz, *Wipkingen, Lebensräume – Verkehrsräume. Geschichte eines Zürcher Stadtquartiers 1893–1993*, Zürich 1993, 70.
- 18 Einen aufschlussreichen Überblick über die Verhältnisse in Winterthur gibt David Hauser, «Gebaute Ideologie – Städtische Wohnungspolitik und sozialer Wohnungsbau der Zwischenkriegszeit im Licht der Integration der Arbeiterklasse», *Winterthurer Jahrbuch* 1992, 49–77.
- 19 Sozialdemokratische Partei der Stadt Biel, *10 Jahre Rotes Biel – 10 ans de socialisme*, Biel 1932, 39.
- 20 Tobias Kästli, *Das rote Biel 1919–1939. Probleme sozialdemokratischer Gemeindepolitik*, Bern 1988, 81.
- 21 Sozialdemokratische Partei der Stadt Biel, *10 Jahre Rotes Biel – 10 ans de socialisme*, Biel 1932, 41.
- 22 Einen kurzen und präzisen Überblick über die Zürcher Verkehrspolitik in dieser Zeit gibt Jean-Daniel Blanc, *Die Stadt – ein Verkehrshindernis? Leitbilder städtischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik in Zürich 1945–1975*, Zürich 1993, 15–24.

RESUMÉ

LUMIÈRE, AIR ET «PROPRE EN ORDRE» – DÉMOCRATIE SOCIALE ET PLANIFICATION URBAINE DANS L'ENTRE-DEUX-GUERRES

Cet article se propose d'étudier, dans le cadre de la politique communale socialiste, le travail de membres du PS en matière de constructions urbaines. Il s'agit plus précisément de cerner le type de ville donné comme modèle par les politiciens du PS et de saisir comment ils ont utilisé l'appareil administratif pour orienter, conformément à leurs aspirations, l'évolution urbanistique. Sur le plan de cette thématique, je propose de traiter les exemples de Zurich et de Bienne; ces deux villes ont en effet été administrées pendant un certain laps de temps par une majorité de gauche et possèdent de ce fait des caractéristiques architecturales propres.

Au tournant du siècle, on assiste à un essor, notamment dans les grandes villes, des tâches urbanistiques de l'administration publique en matière d'infrastructure. Simultanément, les villes renforcent toujours plus leur engagement social. Peu à peu, on voit surgir une administration puissante et moderne.

Déjà à l'aube du 20^e siècle, on désigne les nouvelles activités économiques et sociales des communes par le terme générique, défini comme neutre, de «socialisme des communes». Des politiciens socialistes tentent d'élargir la signification de ce concept; aux exigences socio-politiques s'ajoutent, en premier plan, la planification urbaine au service de la construction de logements sociaux.

Depuis 1907, des politiciens sociaux-démocrates de diverses communes coordonnent leurs travaux lors de «journées communales» où ils échangent leurs expériences. Dès 1910, le «manuel du socialisme communal suisse» pose les fondements d'un programme commun.

Dans l'entre-deux-guerres, la planification urbaine et dans un cadre plus large la planification économique sont, sur le plan de la politique nationale économique, les revendications majeures des partis sociaux-démocrates. Au niveau communal, les sociaux-démocrates mettent également à l'ordre du jour une ample planification et une économie publique, ceci aussi bien dans l'intérêt de l'équilibre social que de celui de l'aménagement fonctionnel et esthétique de l'habitat. A cette fin, ils peuvent s'appuyer sur l'alliance pratique conclue avec des experts bourgeois de la planification qui, animés entre autres par des considérations conservatrices et anti-libérales, revendiquent une plus forte planification. Tous deux exigent un pouvoir accru afin d'orienter le développement urbain dans un sens précis, de réduire la densification des aménagements urbains et d'augmenter la surface des espaces récréatifs. Ils réclament de vive voix une plus grande unité des formes de constructions ■ 75

et un équilibre social dans les habitats. Leur alliance conduit à l'édification de quartiers de logements et de cités, uniformément planifiés et aménagés, dans les villes «rouges» de Zurich et de Bienne.

Dans le cadre d'un concours d'aménagement urbain 1915–18, connu sous le nom de «Grande Zurich», ces revendications sont mises sur le tapis pour la première fois. L'idée directrice se résume par la séparation des quartiers des affaires, caractérisés par un habitat très concentré, et des quartiers de logements. Il s'agit donc de déplacer le monde du logement et de la reproduction à l'extérieur de la ville, autrement dit à sa périphérie, afin de le soustraire aux servitudes du marché foncier et aux influences malsaines de la grande ville.

Le projet de réforme de la grande ville débute en 1918, animé par un style de conduite extrêmement autoritaire. La compétition entre plans d'aménagement urbain contribue à élargir l'horizon mental des planistes et les conduit en dehors des limites de la ville. Des revendications sont émises en matière de planification des espaces, de séparation des fonctions, d'aménagement de la périphérie de la ville et de maintien d'espaces libres: ce mouvement aspire à ce que les communes bénéficient d'une plus grande marge de manoeuvre, à ce qu'elles puissent, en incorporant les banlieues, exercer une emprise sur les futurs agrandissements du territoire. L'action autoritaire des planistes ne touche pas que des questions générales, mais entre dans les détails: à titre d'illustration, un règlement particulier en matière de construction permet de fixer le caractère et la disposition des constructions du nouveau quartier zurichois du Milchbuck, aménagé après 1918, afin d'influer sur son apparence globale. Un nouveau règlement visant à soutenir financièrement la construction de logements coopératifs d'utilité publique (1924) ainsi qu'une importante propriété foncière assurent à la ville de Zurich une influence majeure sur le développement urbain. Dès 1924, on voit surgir, dans les quartiers de Sihlfeld ou de Wollishofen, des pans entiers de ville dans le style manifeste des colonies coopératives.

A l'inverse de Zurich, la «Bienne rouge» (1921–1940) n'a entrepris aucune action d'envergure dans le domaine de la construction de logements d'utilité publique; elle est même largement devancée par la ville de Winterthur, de même taille, mais à majorité bourgeoise. Le déplacement de la gare a cependant favorisé la planification d'un nouveau quartier du centre, comparable à la City. En 1930, le gouvernement social-démocrate de la ville promulgue, en faveur d'un espace prestigieux à l'entrée de la ville, un règlement de construction unique en Suisse qui définit l'aménagement urbain dans ses moindres détails. De par son caractère homogène, le quartier de la gare de Bienne représente probablement la réalisation architecturale urbaine la plus impressionnante des sociaux-démocrates.

(Traduction: Chantal Lafontant)